

Linde Apel

## Jenseits von 1968

Politische Mobilisierung im Schwarzen Jahrzehnt

In: Zeitgeschichte Hamburg 2018, Hamburg 2019

Herausgeber: Forschungsstelle für Zeitgeschichte Hamburg (FZH)

## JENSEITS VON 1968

Politische Mobilisierung im Schwarzen Jahrzehnt

Vergegenwärtigt man sich, mit welchen Fotos und Symbolen die Erinnerungen an 1968 im 50. Jubiläumsjahr in den Printmedien bebildert wurden, kann man ohne Weiteres zu dem Schluss kommen, dass die darauf folgenden 1970er Jahre vor allem ein Rotes Jahrzehnt gewesen sind. Dieser Begriff hat sich trotz berechtigter geschichtswissenschaftlicher Einwände weitgehend durchgesetzt.<sup>1</sup> Er geht u. a. auf die gleichnamige breit rezipierte und autobiografisch gefärbte Darstellung von Gerd Koenen zurück, in der er auf die Zeit zwischen 1967 und 1977 zurückblickt.<sup>2</sup> Rot ist freilich nicht die einzige Farbe, mit der die auf 1968 folgenden und von 1968 geprägten 1970er Jahre beschrieben werden. Im Kontext des Aufbruchs der Frauenbewegung in dieser Dekade wird die Farbe Lila gelegentlich, etwas klischeebeladen, zur Kolorierung der feministischen Ideen aus der Schublade geholt.<sup>3</sup> Die 1970er Jahre gelten aber auch als buntes Jahrzehnt, wenn damit die vielfältigen sozialen Bewegungen gemeint sind, die in dieser Zeit sichtbar wurden und im linksalternativen Milieu zu Hause waren. Mit der Umweltbewegung, der Hausbesetzer-Szene, den Dritte-Welt-Solidaritätsgruppen und der Kinderladenbewegung bis hin zu Gruppen, die sich mit der RAF solidarisierten, sind längst nicht sämtliche Gruppierungen aufgezählt.<sup>4</sup> Ihnen und den hier ungenannten ist gemein, dass sie neben der Studentenbewegung in den letzten Jahren und Jahrzehnten viel zeithistorische und mediale Aufmerksam-

keit erhalten haben. Andere gesellschaftliche Gruppen, nämlich jene, die im demokratisch-rechten Spektrum verortet waren, sind um 1968 und in der Folge für eine Weile aus dem Blickfeld geraten.<sup>5</sup> Damit verschwanden gleichermaßen ganze Aspekte gesellschaftlicher Transformationsprozesse um und nach 1968 aus dem Wahrnehmungshorizont. Nun ist die Wahrnehmung der Vergangenheit stark von der Gegenwart geprägt, Geschichtsbilder sind immer auch gegenwartsbezogene Geschichtskonstruktionen. Und auch wenn es heute so wirken mag, waren im Jahr 1968 keineswegs alle Achtundsechziger. Aus den vielen Beispielen, die sich dazu anführen ließen, sei eines ausgewählt: Mein Kollege Malte Thießen erhielt in einem Interview von seiner Gesprächspartnerin auf die Frage »Wie ist Ihnen das damals mit '68 gegangen?« folgende Erwiderung: »Pfff, '68, Mensch, da war ich schwanger, zum dritten Mal.«<sup>6</sup> Die Aussage, in der eine unausgesprochene Abgrenzung zu 1968 als Symbol der Revolte anklingt, stammt aus einem Interview, das für ein Forschungsprojekt geführt wurde, in dem nicht 1968, sondern 1943 im Zentrum des Interesses stand. Die Bombenangriffe auf Hamburg, ihre Auswirkungen auf die Erlebengeneration und die Weitergabe dieser Erfahrungen an Folgegenerationen wurden aus historischer und psychologischer, bzw. psychoanalytischer Perspektive untersucht.<sup>7</sup> Das Zitat ist mehr als ein beliebiger Zufallsfund, verweist es doch darauf, dass die Mehrheit in der Bundesrepublik mit der außerparlamentarischen Bewegung wenig zu tun hatte, nicht marxistisch orientiert war, traditionelle Werte nicht kategorisch ablehnte und auch keinen gesteigerten Wert auf eine revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft legte. Im Rückblick wird Geschichte jedoch häufig vereindeutigt. Das gelingt im Kontext von 1968 besonders gut, weil es eine stark medial vermittelte Bewegung war; über die es einprägsame und wiederholbare, im Fernsehen übertragene Bilder gibt.<sup>8</sup> Man tut 1968 überdies unrecht, wenn man es als Auslöser für gesellschaftliche Transformationsprozesse bezeichnet. Denn diese waren bereits wesentlich früher angelegt.<sup>9</sup> Dennoch erlebte

1. Axel Schildt, »Die Kräfte der Gegenreform sind auf breiter Front angetreten.« Zur konservativen Tendenzwende in den 70er Jahren, in: Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (Hg.), Annäherungen an die Westdeutschen. Sozial- und kulturgeschichtliche Perspektiven auf die Bundesrepublik, Göttingen 2011, S. 259–301, hier S. 259. Erstveröffentlicht in: Archiv für Sozialgeschichte, 44 (2004), S. 449–478.

2. Gerd Koenen, Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967–1977, Köln 2001.

3. Fundiert dazu: Kristina Schulz, Der lange Atem der Provokation. Die Frauenbewegung in der Bundesrepublik und in Frankreich 1968–1976, Frankfurt/Main 2002; Elisabeth Zellmer, Töchter der Revolte? Frauenbewegung und Feminismus der 1970er Jahre in München, München 2011.

4. Sven Reichardt / Detlef Siegfried (Hg.), Das alternative Milieu. Antibürgerlicher Lebensstil und linke Politik in der Bundesrepublik Deutschland und Europa 1968–1983, Göttingen 2010; Sven Reichardt, Authentizität und Gemeinschaft. Linksalternatives Leben in den siebziger und frühen achtziger Jahren, Berlin 2014.

5. Dazu vor allem Anna von der Goltz, »A polarized generation? Conservative students and West Germany's ›1968‹«, in: dies. (Hg.), »Talkin' 'bout my generation«. Conflicts of generation building and Europe's ›1968‹, Göttingen 2011, S. 195–215, und Christina von Hodenberg, Das andere Achtundsechzig. Gesellschaftsgeschichte einer Revolte, München 2018.

6. Interview mit H.B. am 20.10.2008, Interviewer: Malte Thießen, in: FZH / WdE 1350, Transkript S. 94.

7. Ulrich Lamparter / Silke Wiegand-Grefe / Dorothee Wierling (Hg.), Zeitzeugen des Hamburger Feuersturms 1943 und ihre Familien. Forschungsprojekt zur Weitergabe von Kriegserfahrungen, Göttingen 2013.

8. Vgl. dazu Philipp Gassert, Bewegung Gesellschaft. Deutsche Protestgeschichte seit 1945, Stuttgart 2018, S. 106.

9. Axel Schildt / Detlef Siegfried / Karl Christian Lammers (Hg.), Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften, Hamburg 2000.

10 Bernd Faulenbach, Das sozialdemokratische Jahrzehnt. Von der Reformeuphorie zur Neuen Unübersichtlichkeit. Die SPD 1969–1982, Bonn 2011, S. 275–280.

11 Frank Bösch, Die Adenauer-CDU. Gründung, Aufstieg und Krise einer Erfolgspartei 1945–1969, Stuttgart 2001, S. 408–418; ders., Die Krise als Chance. Neuformierung der Christdemokraten in den siebziger Jahren, in: Konrad Jarausch (Hg.), Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte, Göttingen 2008, S. 296–309, hier S. 300.

12 Massimiliano Livi / Daniel Schmidt / Michael Sturm (Hg.), Die 1970er Jahre als schwarzes Jahrzehnt. Politisierung und Mobilisierung zwischen christlicher Demokratie und extremer Rechter, Frankfurt / New York 2010, sowie Daniel Schmidt, »Die geistige Führung verloren«. Antworten der CDU auf die Herausforderung »1968«, in: Franz-Werner Kersting / Jürgen Reulecke / Hans Ulrich Thamer (Hg.), Die zweite Gründung der Bundesrepublik. Generationswechsel und intellektuelle Wortergreifungen 1955–1975, Stuttgart 2010, S. 85–107.

13 Bösch, Adenauer-CDU, S. 408–418.

das darauf folgende Jahrzehnt einen starken Politisierungsschub. Vor allem junge Menschen begannen, sich in vielen Bereichen politisch zu engagieren. Zahlenmäßig am stärksten profitierte die SPD.<sup>10</sup> Zunehmend engagierten sich junge Leute aber auch auf einem Feld, das als ein Antidot zu 1968 galt, in der CDU bzw. in ihren Vorfeldorganisationen. Die CDU wurde zu Beginn der 1970er Jahre zu einer Massenpartei, in die viele junge Akademiker und (weniger) Akademikerinnen eintraten.<sup>11</sup> Im Folgenden werde ich, basierend auf vorläufigen Ergebnissen aus meinem Forschungsprojekt über die politische Mobilisierung an Schulen in den 1970er Jahren, von der üblichen Blickrichtung auf das »Rote Jahrzehnt« ein wenig Abstand nehmen und auf Politisierungsprozesse und Veränderungen im christdemokratischen Spektrum eingehen. Das Ziel meiner Überlegungen ist, dominante Deutungsmuster bezüglich der Bedeutung von »1968« zu hinterfragen und bisherige Perspektiven auf die 1970er Jahre zu erweitern und zu prüfen, ob es legitim wäre, von den 1970er Jahren als Schwarzes Jahrzehnt zu sprechen.<sup>12</sup>

## 1968 – christdemokratisch

Die CDU erlebte eine Phase der Transformation, von Frank Bösch als ihr eigenes 1968 bezeichnet, bereits 1967, nach dem Tod von Adenauer, als es in der Partei auch aufgrund von generationellen Veränderungen zu einem neuen Politikstil und damit zu einem Demokratisierungsschub kam.<sup>13</sup> Die Partei modernisierte sich insbesondere dadurch, dass sie sich ein Parteiprogramm gab, dem eine innerparteiliche Debatte vorausging und an dem erstmals die Parteibasis mitdiskutieren konnte. Zugleich fiel es der CDU nicht leicht, auf die Formen und Inhalte der protestierenden Stu-

denten zu reagieren. Die Partei verhielt sich überwiegend unflexibel und tat sich schwer darin, neue Inhalte aufzugreifen. Dies war bei einer der großen Vorfeldorganisationen der CDU, der Jungen Union, etwas anders. Dort wurden die gesellschaftlichen Veränderungen und der Bedarf, sich dazu zu positionieren, vor der Partei aufgegriffen. Denn die Jugendorganisation war eigenständig, ihre Mitglieder mussten nicht in die CDU eintreten, eine Tatsache, die sich immer wieder als Vor- und Nachteil zugleich erwies. Zum einen erlaubte dies der Jungen Union, unabhängiger agieren zu können, zum anderen ermöglichte dies der Partei, manche Inhalte nicht oder nur partiell zur Kenntnis zu nehmen.

Dass »1968« gesellschaftliche Diskurse prägte und sich auch an Orten, von Organisationen und Personen angeeignet wurde, von denen man es nicht erwartet hätte, lässt sich insbesondere an lokalen Beispielen erläutern. So bot die Junge Union 1968 in Groß Flottbek, einem Bezirk im bürgerlichen Westen Hamburgs, eine gut besuchte Veranstaltungsreihe zum Thema Marxismus-Leninismus an.<sup>14</sup> Referiert wurde an mehreren Abenden über »den Diamat und Histomat, die Lehre vom Sozialismus und Kommunismus, die politische Ökonomie und die Theorie und Taktik der internationalen kommunistischen Bewegung, über den demokratischen Sozialismus, den Maoismus und über die APO«. Die Mitgliederzeitschrift der Jungen Union bejubelte das »gute Echo«, das die Veranstaltungen vor allem bei Schülern benachbarter Schulen hervorgerufen habe. Dieses Beispiel aus Groß Flottbek veranschaulicht, dass Inhalte, die im weitesten Sinne mit der Chiffre 1968 bezeichnet und nicht in erster Linie mit einem bürgerlichen und wohlhabenden Vorort verbunden werden, auf ein breites gesellschaftliches Interesse stießen. Als besonders erfreulich hatte die Junge Union hervorgehoben, dass Schüler anwesend gewesen seien. Warum waren die wichtig? Schüler, viel weniger Schülerinnen, stellten bis weit in die 1960er Jahre hinein einen wichtigen Anteil des Rekrutierungspotenzials der Jungen Union dar.<sup>15</sup> Auf dem Höhepunkt der Mobilisierung von Schülerinnen und Schülern im Zuge der Studentenbewegung hatte die CDU nur mühsam Maßnahmen ergriffen, mit denen sie den befürchteten Verlust ihres Nachwuchses an linksradikale Gruppen und Organisationen verhindern

14 JU-Intern Nr. 10/68, 30.12.1968, S. 9, in: Archiv für christlich-demokratische Politik (ACDP) 04-024/071.

15 Der Schüler- bzw. Studentenanteil in der Jungen Union stieg von 15,5% (1971) auf 43% (1977). Frauen und Mädchen waren stets in der Minderheit. Claus-Peter Grotz, Die Junge Union. Struktur, Funktion, Entwicklung der Jugendorganisation von CDU und CSU seit 1969, Kehl am Rhein / Straßburg 1983, S. 53.

16 Axel Schildt, Nachwuchs für die Rebellion. Die Schülerbewegung der späten 60er Jahre, in: Jürgen Reulecke (Hg.), *Generationalität und Lebensgeschichte*, München 2003, S. 229–251; Linde Apel, *Der Nachwuchs der Revolte. Die Schülerbewegung der 1960er-Jahre am Beispiel der Hamburger Gruppe des Aktionszentrums Unabhängiger und Sozialistischer Schüler AUSS*, in: Meike Sophia Baader / Ulrich Hermann (Hg.), 68 – Engagierte Jugend und Kritische Pädagogik. Impulse und Folgen eines kulturellen Umbruchs in der Geschichte der Bundesrepublik, Weinheim / München 2011, S. 14–29.

17 Interner Informationsschnelldienst der Jungen Union Deutschlands, Nr. 46, 29.3.1968, in: Nordrhein-Westfälisches Hauptstaatsarchiv Düsseldorf (HStA D), RW 136-155, Blatt 138.

18 Nachrichtenspiegel für die Teilnehmer der Landestagung, hg. vom Landessekretariat der JU Rheinland, o.D., in: HStA D, RW 136-22, Blatt 156.

19 Satzung des VKS, 2.11.1969, in: ACDP, 04-006-63/1.

20 Vgl. dazu Schildt, *Schülerbewegung*; Apel, *Nachwuchs*.

21 Matthias Reichert, *Verband Kritischer Schüler*, 7.11.1969, in: HStA D, RW 136-22, Blatt 182.

22 Der Topos der Unterwanderung verweist nicht nur auf zeitspezifische Ängste im Kalten Krieg, die Stasi hatte »den Westen« tatsächlich im Blick. Wie erfolgreich sie dabei war, wird nach wie vor intensiv diskutiert. Vgl. dazu Jens Gieseke, *Der Mielke-Konzern. Die Geschichte der Stasi 1945–1990*, München 2006.

wollte. Denn der SDS, der Sozialistische Deutsche Studentenbund, agitierte Schülerinnen und Schüler an Oberschulen wesentlich erfolgreicher. Mit der Gründung des Aktionszentrum Unabhängiger und Sozialistischer Schüler (AUSS) im Jahr 1967 gelang es ihm, eine ganze Reihe von politischen Schülergruppen zu initiieren, die in den folgenden drei Jahren Unruhe an Oberschulen stifteten und Schule sowie Unterrichtsformen veränderten.<sup>16</sup> Dies zog eine größere Medienaufmerksamkeit nach sich. Dass zur gleichen Zeit auch Gruppen an den Schulen entstanden, die sich vom AUSS distanzieren, wurde indes kaum wahrgenommen. Dazu gehörte beispielsweise der 1967 ins Leben gerufene Schülerkreis Junger Christlicher Demokraten in Berlin, der sich auf exemplarische Weise inhaltlich von linken Gruppen abgrenzte. Der Schülerkreis bot sich denjenigen als Interessenvertretung an, die »den extremistischen Parolen der Linken nicht folgen« und »anstehende Probleme auch ohne Revolution« lösen wollten.<sup>17</sup> In Gruppen wie diesen fanden zwar viele Forderungen der linken Schülerbewegung zur Schulpolitik positiven Widerhall. So teilten sie beispielsweise die Forderung nach Demokratisierung der Schule, setzten sich für ein größeres Mitspracherecht von Schülerinnen und Schülern bei schulpolitischen Entscheidungen und den Abbau von autoritären Strukturen ein. Aber sie unterschieden sich in der Form, wie diese Ziele durchgesetzt werden sollten. Sie plädierten dafür, die Demokratisierung der Schule »auf evolutionärem Wege« zu erreichen, und lehnten jede Form von Radikalismus ab. Viele dieser Gruppen entstanden zunächst ohne erkennbare parteipolitische Unterstützung oder entwickelten sich aus den seit den 1950er Jahren existierenden »Politischen Arbeitskreisen Schule«. Beim Schülerkreis Junger Christlicher Demokraten war das, wie am Namen erkennbar ist, anders. Der

Jungen Union war jedoch bewusst, dass es kontraproduktiv wäre, politische Organisationen für Jugendliche mit ihr oder der CDU in Verbindung zu bringen, weil insbesondere Jugendliche damit nicht Fortschritt oder Modernisierung verbanden. Daher veranlasste die Junge Union 1969 die Gründung des »Verbands kritischer Schüler«.<sup>18</sup> Der VKS präsentierte sich als »Vereinigung, die an der demokratischen Reform unserer Gesellschaft und unseres Staates mitarbeiten will«. Zu seinen Zielen gehörte die Demokratisierung der Schule mit »echter Mitbestimmung«.<sup>19</sup> Damit nutzte er prominent zwei Schlagworte, mit der die linke Schülerbewegung anfangs ihr Klientel mobilisiert hatte.<sup>20</sup> In Anlehnung an die Aktionsformen der Linken, aber in Abgrenzung zu ihren Positionen luden sie beispielsweise zu einem Teach-in mit dem Titel »Ist die deutsche Schule autoritär?«.<sup>21</sup> Diese zeitlich leicht verzögerte diskursive Übernahme von Begrifflichkeiten und Aktionsformen prägte die Strategie der moderaten Rechten, und sie waren deshalb erfolgreich, weil bei vielen Schülerinnen und Schülern Formen und Inhalte des studentischen Protests verspätet und verändert ankamen. Wie schwierig es war, politisch nicht gefestigte Jugendliche auf JU- bzw. CDU-Kurs zu halten, lässt sich anhand der weiteren Entwicklung des VKS ebenfalls gut aufzeigen. Nachdem sich einzelne Landesverbände die Zusammenarbeit mit sozialistisch orientierten Schülergruppen nicht hatten verbieten lassen, wurde er 1971 von der Jungen Union kurzerhand wieder aufgelöst. Die Haltung der Landesverbände galt als gefürchtete »Unterwanderung« und wurde mit drastischen Mitteln bekämpft. Der Topos der Unterwanderung eröffnet ein weites Feld.<sup>22</sup> Zu bedenken ist dabei, dass es sich bei der Gruppe der im VKS Aktiven teils um sehr junge Leute handelte, die die Politik für sich entdeckt hatten und sich diesen Bereich mit großer Energie und Geschwindigkeit aneigneten. Dies konnte in der Tat dazu führen, dass sie sich in kurzer Zeit von ursprünglich eingenommenen politischen Positionen abwandten. Zu meinen Interviewpartnern gehörten einige Personen, die während der Schulzeit das politische Spektrum in hohem Tempo von ziemlich weit rechts bis ziemlich weit links durchmessen haben. Diese jungen Leute waren zwar nicht unterwandert worden, für Außenstehende, die eine Unterwanderung fürchteten, mochte es dennoch so gewirkt haben. Erfahrungen mit zu eigenständigen Schülern und organisatorische Misserfolge führten auf Bundesebene im Sommer 1972 zur Gründung der Schüler-Union als Teil der Jungen Union.

## Erzählungen vom anderen politischen Engagement

Die erwähnten Interviews stammen aus meinem Forschungsprojekt zur Politisierung in den 1960er und 1970er Jahren an den Schulen. Ich habe Frauen und Männer befragt, die damals aktiv waren, um zu erfahren, warum sie sich damals politisch engagierten und wie sie es heute deuten.<sup>23</sup> Schaut man sich die Erzählungen von damaligen Aktivisten und Aktivistinnen auf der linken oder an der Jungen Union orientierten Seite an, lassen sich Unterschiede in der Form erkennen, wie erzählt wird. Die damaligen (und meist auch noch heutigen) Linken schilderten überwiegend begeistert, wie sie sich im Kontext der Schülerbewegung soziale und politische Räume aneigneten und dies als Befreiung und Selbstermächtigung erlebten. Die Interviews mit Personen aus dem damaligen Umfeld der Jungen Union klangen wesentlich zurückhaltender.<sup>24</sup> Details der Politisierung gehen aus diesen mündlichen Erinnerungen dennoch deutlich hervor. Als ich Gabriele Kalinka danach befragte, wie sie zu ihrem politischen Engagement gekommen sei, erzählte sie Folgendes:

»Damals erinnere ich noch einen Arbeitskreis für Kommunismus, wo über die ganzen kommunistischen Dinge, die ja damals sehr in der Diskussion waren, Marxismus, Trotzismus [...] [diskutiert wurde]. [...] Das fand ich hoch interessant, [...] hab mich dort gemeldet, mal geschnuppert und bin auch eigentlich relativ schnell eingetreten, weil ich das gut fand in der Jungen Union, weil das eine Alternative war zu diesen so genannten linken Bewegungen, die überall im Gange waren.«<sup>25</sup>

Die Idee, in die Jugendorganisation der CDU einzutreten, so erzählte sie mir, war gewissermaßen am heimischen Abendbrottisch entstanden. Denn meine

Gesprächspartnerin, die ein katholisches Mädchengymnasium besuchte und 1973 dort ihr Abitur ablegte, erhielt ihre politische Prägung im Elternhaus.<sup>26</sup> Diese familiäre Beständigkeit der politischen Positionen verbindet sie mit einigen meiner Interviewpartner, die im christdemokratischen Bereich aktiv waren. Wir erfahren in diesem Zitat als weiteren Beleg für die These von der weiten Verbreitung der Inhalte der Protestbewegung und ihrer Aneignung an unerwarteten Orten, die ich mit dem Beispiel der Veranstaltungsreihe in Groß Flottbek illustrierte, welche Themen derzeit in der Luft lagen und dass sie bis weit ins christdemokratische Lager hinein diskutiert wurden.

Aus Gabriele Kalinkas Aussage geht auch hervor, dass sie Anschluss an eine Organisation suchte, um Position gegen die linke Dominanz beziehen zu können. Hingegen war ihre grundsätzliche Bereitschaft zu politischem Engagement so selbstverständlich, dass sie es im Interview gar nicht eigens erwähnte. Sie setzte es gleichsam voraus. Kurz nach ihrem Eintritt in die Junge Union wurde Gabriele Kalinka in den Hamburger Landesvorstand der CDU gewählt und zur Vorsitzenden des Schülerarbeitskreises ernannt. Diese Hamburger Vorgängerorganisation der Schüler-Union habe versucht, einen »Gegenpol gegen die linken Gruppen an den Schulen« zu bilden, so Kalinka im Interview.<sup>27</sup> Im gleichen Atemzug grenzte sie sich explizit vom Begriff »konservativ« als Selbstbeschreibung ab, eine Aussage, die mich zunächst überraschte. »Ich will nicht immer das Wort ›konservativ‹ nehmen, weil wir uns so konservativ eigentlich gar nicht sahen. Wir sahen uns schon auch modern fortschrittlich, aber den christlichen Werten verbunden, und wollten eigentlich das, was lohnenswert war, erhalten, ohne uns dem Fortschritt in der Schulpolitik zu verschließen.«<sup>28</sup> In wenigen Worten brachte Gabriele Kalinka den damaligen Standpunkt zwischen zugeschriebenen Positionen und eigenen Ansichten präzise auf den Punkt. Sie war nicht die Einzige, die sich so geäußert hat. Die Distanz zu unwandelbar scheinenden konservativen Positionen und Politikformen war damals offenkundig so groß, dass sie, die zum Zeitpunkt des Interviews an ihrem Heimatort für die CDU als ehrenamtliche Bürgermeisterin tätig war, sich auch im Rückblick nicht gern als konservativ bezeichnete. Dieses Selbstzeugnis wirft nachträglich ein Licht darauf, welche Themen und Grundideen die CDU in den 1970er Jahren verfolgte. Kalinkas Aussage steht darüber hinaus in einem besonderen lokalen Kontext und verweist implizit auf

23 Es handelt sich um Interviews / Befragungen mit 37 Personen der Jahrgänge 1948 bis 1958, die die Schülerbewegung als Jugendliche miterlebt haben, darunter 13 Frauen. 14 Personen waren im Umfeld oder innerhalb der Jungen Union aktiv, darunter zwei Frauen.

24 Vgl. dazu Linde Apel, Gefühle in Bewegung. Autobiographisches Sprechen über die Jugend, in: Knud Andresen / Linde Apel / Kirsten Heinsohn (Hg.), Es gilt das gesprochene Wort. Oral History und Zeitgeschichte heute, Göttingen 2015, S. 59–77.

25 Interview mit Gabriele Kalinka am 30.3.2005, Transkript S. 9 f.

26 Interview Kalinka, Transkript S. 9.

27 Als Studierende wurde sie Vorsitzende des Hamburger Rings Christlich-Sozialer Studenten. Sie machte auf niedriger Ebene eine schnelle Karriere, hob dies im Interview aber nicht hervor.

28 Interview Kalinka, Transkript S. 13.

politische Konflikte innerhalb der Hamburger Jungen Union.<sup>29</sup> Sie war im Kreisverband Altona aktiv, der zu dieser Zeit ein kritisches und gelegentlich konfliktreiches Verhältnis zur Landes-JU einnahm und Sympathien für die Studentenbewegung erkennen ließ.

Ihre Aussage ist auch deshalb von zeithistorischem Belang, weil Kalinka, die auf sehr zurückhaltende, fast bescheidene Weise von ihren Erfahrungen und Einschätzungen sprach, dennoch deutlich machte, dass die Politisierung der Jugendlichen in Abgrenzung und zum Teil in Konfrontation zu ihren linken Mitschülern verlief. Viele meiner Gesprächspartner teilten die Erfahrung, dass ihre Politisierung in Reaktion zu Aktivitäten und Positionen von Mitschülern verlief. Dazu gehört Klaus Jansen, der mit einem kritischen Flugblatt auf eine Kampagne einer linken Basisgruppe gegen einen Lehrer an seinem Gymnasium vorging, weil er sie für ungerechtfertigt hielt. Diese Aktivitäten entwickelten sich zum Auslöser für seine Mobilisierung, die er folgendermaßen beschrieb: »Ein Wort gab das andere, ich kriegte noch ein bisschen konservatives Gedankengut von meinem Vater geliefert, und legte mich dann erst richtig mit den Jungs an, machte aber die Erfahrung, dass die andere Seite auch nicht gerade sehr fair mit uns umging. Das waren in der Regel Schüler der zwölften, dreizehnten Klasse, die von Studenten der Universität unterstützt wurden. Das hat uns alles nicht besonders gefallen. Haben wir also auch irgendeine Gruppe gegründet. Und sind dann mit mehreren Mitschülern immer gegen die anderen gegen an.«<sup>30</sup> Aus seiner Aussage geht deutlich hervor, dass sein Gerechtigkeitsempfinden getroffen war. Daher schloss er sich mit Gleichgesinnten zusammen, um öffentlich Stellung zu nehmen. Erst dadurch geriet er ins Visier anderer, älterer Schüler, die sich als seine politischen Gegner erweisen sollten. Konflikte und

29 Wolfgang R. Krabbe, Parteijugend in Deutschland. Junge Union, Jungsozialisten und Jungdemokraten 1945–1980, Wiesbaden 2002, S. 159–161.

30 Interview mit Klaus Jansen am 24.2.2005, Transkript S. 6.

31 Vgl. Apel, Opposition, S. 66. Zur Politisierung von Studierenden durch Gegenreaktionen vgl. Anna von der Goltz: Eine Generation von 1968? Politische Polarisierung und konservative Mobilisierung an westdeutschen Universitäten, in: Massimiliano Livi/Daniel Schmidt/Michael Sturm (Hg.), Die 1970er Jahre als schwarzes Jahrzehnt. Politisierung und Mobilisierung zwischen christlicher Demokratie und extremer Rechter, Frankfurt/New York, 2010, S. 73–89.

32 Interview Jansen, Transkript S. 12.

33 Kai Hermann, Bauch, Zigarre, dunkler Anzug. Bei den Junioren der CDU/CSU: mehr Anpassungseifer als Temperament, in: Die Zeit, 9.10.1964.

Auseinandersetzungen folgten. Diese Erfahrung verbindet ihn mit einigen anderen meiner Gesprächspartner, deren Politisierung u. a. davon geprägt war, dass linke Gruppen sie an politischer Partizipation, etwa bei der Mitarbeit an der Schülerzeitung oder im sogenannten Schulsprecherkollektiv, hinderten. In die Opposition zum vorherrschenden linken Mainstream gedrängt zu werden, bewirkte bei vielen, sich bei jenen Organisationen zu engagieren, die revolutionäre Änderungen ablehnten.<sup>31</sup> Daraus jedoch abzuleiten, dass diese politischen Positionen mit einem angepassten Verhalten als Schüler gleichgesetzt werden könnten, wie ich es noch zu Beginn meiner Recherchen tat, wäre falsch. Klaus Jansen wies mich im Gespräch jedenfalls darauf hin, dass er der »Schrecken der Lehrer« gewesen sei, den Unterricht und Klassenarbeiten bestreikt habe. Seine Erzählung kulminiert in einer anschaulichen Beschreibung der Atmosphäre an der Schule: »So gesehen war ja das, was man aus heutiger Sicht links nennt, so eine gewisse antiautoritäre Stimmung, überall da. Ich weiß noch, wie mein Deutschlehrer kurz vorm Abitur meinte, »Sag mal, du bist doch ganz vernünftig. Wieso bist du eigentlich in der CDU?« So war das eher. Also, wir waren ja nicht identisch mit einem Franz-Josef Strauß, der Pinochet das Händchen schüttelte.«<sup>32</sup> Klaus Jansens Erzählungen lassen sich vielfältig deuten. Sie veranschaulichen nicht nur auf lebendige Weise, welche Atmosphäre an den Schulen herrschte und was sich dort verändert hatte. Dies ist besonders gut an der dem Lehrer zugeschriebenen Position ablesbar: Er hält für vernünftig, wer nicht Christdemokrat ist. Wenige Jahre zuvor wäre dies nicht denkbar gewesen. Erkennbar wird daran auch, wie sich die Versuche der Jungen Union, in den 1970er Jahren Terrain zurückzugewinnen, an der Basis abgespielt haben. Deutlich werden schließlich Formen der unerwarteten Aneignung politischer Formen und konträrer Positionen. Und nicht zuletzt kann das Zitat als anregende Kontrastfolie für Stereotype »des« JU-Mitglieds fungieren. Sie konnten eben nicht mehr durch »mehr Anpassungseifer als Temperament« oder mit »Bauch, Zigarre, dunkler Anzug« charakterisiert werden, wie es noch etwa eine Dekade früher in einem Artikel über den Deutschland-Tag, den Parteitag der Jungen Union im Jahr 1964, in der Wochenzeitung *Die Zeit* geschah.<sup>33</sup>

In dem Zitat von Klaus Jansen steckt ein passant ein weiterer wichtiger Hinweis auf die Auslöser der Politisierung von Schülerinnen und Schülern in den 1970er Jahren, erwähnte er doch seinen Deutschlehrer. Verorten wir

seine Aussage zeitlich in der ersten Hälfte der 1970er Jahre, stecken wir mitten in der Bildungsexpansion mit neu gegründeten Schulen sowie Lehrerinnen und Lehrern, die in der Studentenbewegung sozialisiert worden waren. Sabine Brandt, die ich ebenfalls befragt habe und die als Schülerin einer Gesamtschule<sup>34</sup> Mitglied in der Schüler-Union wurde, nahm im Interview darauf Bezug: »'70, '71 kamen dann die 68er Lehrer zu uns an die Schule. Durch die Bank weg Linke aller Schattierungen. Das hatte natürlich erheblich Folgen auf unseren Unterricht. [...] Soziale Themen kamen stärker in den Vordergrund. Ich erinnere mich, selbst der Musikunterricht war nicht unberührt davon. [...] Ich wusste schon irgendwie wer Mozart war, [...], aber wir hörten nie was von Mozart oder Bach, sondern wir hörten Franz Josef Degenhardt, ›Spiel nicht mit den Schmutzdelkindern‹. Das analysierten wir im Musikunterricht. Das kann ich heute noch auswendig.«<sup>35</sup> Sabine Brandt lachte, als sie mir davon erzählte. Vielleicht tat sie dies deshalb, weil ihr klar war, wie klischeehaft diese Anekdote heute wirkt. Die Passage findet ihren erzählerischen Höhepunkt darin, dass wir erfahren, dass Degenhardts Tochter auf ihre Schule ging und die Erste gewesen sein soll, die eine Eigentumswohnung und ein eigenes Auto besessen habe. Sabine Brandt kommentierte dazu trocken: »Das fanden wir dann ganz komisch, dass man auch links reden und rechts leben kann.«

34 Die Schule wurde 1968 als Gymnasium gegründet, 1971 auf Initiative der Eltern in eine Gesamtschule umgewandelt.

35 Interview mit Sabine Brandt (Pseudonym) am 5.3.2004, Transkript S. 13.

36 Die Schüler-Union könnte mithin auch als ein Ergebnis von 1968 betrachtet werden, das bisher nicht zum fortwährend erweiterten Kanon von 1968 gehört.

37 Interview mit Jürgen Große am 15.2.2005, Transkript S. 8.

38 Erfolgreiche Werbung der JU, in: Die Welt, 23.9.1971.

## Die Junge Union in der Schule

Sabine Brandt gehört zu den wenigen meiner Gesprächspartnerinnen, die die Schüler-Union<sup>36</sup> erwähnte, jene Organisation, der sie sich im Nachhinein nicht gern und unbefangen zugehörig fühlte, wie dem Interview deutlich anzuhören ist. Die Junge Union und die Schüler-Union konnten sich erst zu dem Zeitpunkt leichter an den Schulen etablieren, als zwei Entwicklungen zusammenkamen. Zum einen hatte sich die linke Schülerbewegung in unzählige sektiererische Kleingruppen aufgespalten, die sich kaum noch für die Verhältnisse an den Schulen interessierten. Zum anderen war es dort zu einem Generationswechsel bei der Lehrerschaft gekommen und das Klima hatte sich dahingehend verändert, dass Schüler sich in der Opposition wähnten, wenn sie sich an der Jungen Union orientierten. »Die Lehrer sind links, viele Mitschüler sind auch links, irgendwie steht die Revolution kurz bevor und dagegen muss man doch was tun!«<sup>37</sup> Durchaus zugespitzt und im Rückblick leicht ironisch gebrochen begründete einer meiner Gesprächspartner seinen Eintritt in die Junge Union.

Dass die Junge Union über kurz oder lang bestimmte Aspekte des Lebensstils und des Freizeitverhaltens Jugendlicher aufgriff und sich jugendkultureller Codes bediente, die von der Protestkultur geprägt waren, erwies sich als äußerst nützlich. Geradezu paradigmatisch ist dies an einem Plakat ablesbar, mit dem die Junge Union in Hamburg-Bergedorf um Mitgliedschaft warb. Darauf war ein Mao-Porträt mit dem Titel »Weltverbesserer« abgebildet. Die nur schlecht lesbare Unterzeile verweist darauf, dass sich die Welt eben nicht durch »Intoleranz, Unfreiheit, Terror, Hass«, sondern nur mit der Jungen Union verändern lasse.<sup>38</sup> Die Übernahme einer Ikone der linken Protestbewegung zu einer Zeit, als maoistisch orientierte Schüler- und Studentengruppen ein starkes Gegengewicht zu den Gruppen der Jungen Union und des Rings Christlich Demokratischer Studenten (RCDS) darstellten, basiert zum einen auf der von linken Gruppen übernommenen Lust an der Provokation, aber auch auf der Anerkennung der Wirkmächtigkeit von politischen Symbolen. Sie wird zum anderen vom Erfahrungswissen gestützt, dass die Attraktivität dieser Symbole nicht notwendigerweise bedeutete, dass junge Leute mit diesen politischen Positionen übereinstimmten. Deshalb konnte die Junge Union sich die zum beliebigen Zeichen für jugendliche Progressivität gewandelten Symbole der

Protestbewegung aneignen und damit – harmlos provozierend – durchaus Erfolg haben.

Nachdem die Schüler-Union 1972 offiziell gegründet wurde, änderte sich auf lokaler Ebene für die seit her existierenden Gruppen zunächst wenig. So veröffentlichte die Junge Union einen überregionalen »Leitfaden zur Schülerarbeit«, mit dem die Schülergruppen konsolidiert werden sollten.<sup>39</sup> Dazu gehörte die Empfehlung, Seminare und Schulungen anzubieten. In Hamburg wurde dies vielfältig aufgegriffen und der Landesverband bot u. a. Seminare zu den Themen »Hasch, Sexualerziehung, antiautoritäre Erziehung und Jugendstrafvollzug« an. Diese Veranstaltungen, so konstatierte die Junge Union selbstkritisch, seien deshalb auf besonders großes Interesse gestoßen, weil sie »in der Jungen Union bisher selten diskutiert« worden seien.<sup>40</sup> Andere Seminarthemen hätten auch von linken Schülergruppen behandelt werden können: »Marxismus-Leninismus, Radikalismus, Neue Linke«<sup>41</sup>, mit dem Unterschied, dass die Referenten aus dem Umfeld der CDU, häufig aus dem Referentenkreis der parteinahen Konrad-Adenauer-Stiftung stammten.<sup>42</sup> Auch gesellschaftspolitische Modelle oder Fragen der Schulreform wurden diskutiert.

Besondere Aufmerksamkeit wurde der Agitation gewidmet: Schülerinnen und Schüler sollten lernen, Gegenstandspunkte einnehmen und verteidigen zu können. Dafür lud die Junge Union Hamburg die Mitglieder ihres Schülerarbeitskreises zu »Diskussion(en) über kommunistische Argumentationstaktik (mit Rollenspielen)« ein.<sup>43</sup> Eine wichtige Aufgabe bestand darin, sie theoretisch und rhetorisch zu schulen, um in argumentativen Auseinandersetzungen an den Schulen bestehen zu können. Klaus Jansen, der dabei damals eine führende Rolle eingenommen hat, bezeichnete dies im Interview, ironisch die damalige linke Rhetorik

<sup>39</sup> Leitfaden zur Schülerarbeit, in: Die Entscheidung, 4 (1973), S. 18.

<sup>40</sup> JU-Intern Nr. 20, 27.10.1970, S. 5, in: ACDP, 04-024-071.

<sup>41</sup> Leitfaden zur Schülerarbeit, in: Die Entscheidung, 4 (1973), S. 19.

<sup>42</sup> Vermerk Schülerkongress, in: HStA D RW 136-22, Blatt 129.

<sup>43</sup> Einladung an die Mitglieder des Schüler-Arbeitskreises, 22.5.1973, in: ACDP, 04-024/097.

<sup>44</sup> Interview Jansen, Transkript S. 21.

<sup>45</sup> Interview mit Olaf Behrens (Pseudonym) am 20.1.2005, Transkript S. 9.

## Wir von der Jungen Union sind angeblich:

Bayernkurier-Leser, karrieregeil, Knödelesser, Pikelhauben-nostalgisch, 5. Kolonne von Strauß und Springer, Unternehmersöhnchen, Kreuzritter, Reaktionenäre, Heintjefans, Demagogen, Faschisten, Talarmuffel, ausgebildet in Spanien und Chile, finanziert vom Papst, Verfassungsschutzspitzel, CIA-Agenten, Klassenfeinde...



## TSCHÜSS VORURTEIL!

**Wir kämpfen für die Interessen der Schüler**

Abb 2: Flugblatt der Jungen Union zu den Schülerratswahlen 1975 (Ausschnitt).

Quelle: Projektarchiv/Sammlung Wolfgang Kühl

übernehmend, als »Kaderschulung [...] einer spielt den Kommunisten, und die anderen müssen versuchen, seine Argumente zu entkräften.«<sup>44</sup> Im Gegensatz zu meiner Interpretation des Mao-Plakats, dessen Ziel eher in der Provokation lag, gibt diese Aussage darüber Aufschluss, dass sich mit den Positionen der Neuen Linken intensiv inhaltlich auseinandergesetzt wurde. Vergegenwärtigt man sich, dass Jugendliche bei diesen Seminaren, die häufig an einem Wochenende angeboten wurden, gelegentlich »die ganze Nacht die Internationale gebrüllt«<sup>45</sup> hätten, wie mir ein anderer Interviewpartner erzählte, erhält man einen plastischen Eindruck davon, wie sehr die politische und soziale Atmosphäre bis zum Zeitvertreib des CDU-Nachwuchses von kulturellen Ausdrucksformen und politischen Inhalten der linken Gegenseite durchdrungen war.

Auch wenn die an den Positionen der Jungen Union orientierten Schülergruppen den Zielen und Methoden der außerparlamentarischen Opposition kritisch und ablehnend gegenüber standen, verweisen die Interviewpassagen darauf, wie weit sich Aspekte des gesellschaftlichen Umbruchs inzwischen in der CDU bzw. ihrem Jugendverband durchgesetzt hatten.



Bergedorfer Zeitung 22.9.1971

Dies hatte allerdings Grenzen: Im Gegensatz zu den Linken, für die Respektlosigkeit gegen Autoritäten und Tabubrüche zum geläufigen Handlungsrepertoire gehörten, verweist Gabriele Kalinkas Erzählung über ihr politisches Engagement auf Kontinuität, weil es sich nicht in Abgrenzung zu Autoritäten vollzog, sondern an Familientraditionen und langjährig existierende demokratische Parteien anschloss. Darüber hinaus enthält es deutliche Verweise auf die Offenheit gegenüber Reformen und Modernisierungsbestrebungen, die für die CDU in den 1970er Jahren prägend waren und dazu führten, dass ihre Mitgliederzahlen von Ende des Jahres 1968 bis Anfang der 1980er Jahre stark anstiegen.<sup>46</sup>

#### Erfahrungsgeschichtliche Perspektiven

Breibt man Oral History, schreibt man Erfahrungsgeschichte, die sich für die Subjektivität der Akteure interessiert. Dieser lässt sich annähern, wenn nicht nur Einzelaussagen aus Interviews bestimmten Themen zugeordnet werden, sondern die Erzählperspektive in die Analyse einbezogen wird, die von der gegenwärtigen Position geprägt wird. Der anschaulich erzählende Klaus Jansen ist, im Gegensatz zu Gabriele Kalinka, nicht in der CDU geblieben. Während ihr Interview den Eindruck vermittelt, als scheine diese Zeit sehr weit zurück zu liegen, erzählt Jansen detailreich, selbstkritisch und mit Vergnügen. Sabine Brandt dagegen hinterlässt im gesamten Interview Hinweise darauf, dass sie es sich selbst nicht mehr erklären kann, warum sie als Jugendliche diese politische Position eingenommen hat. Sich an die eigenen Aktivitäten in der Jungen Union und der CDU zu erinnern, fiel ihr zwar nicht leicht. Aber sie sprach, ähnlich wie Jansen, lebhaft und

teils selbstironisch über eine Zeit, die sie stark geprägt hat, vor allem auch in der Konfrontation zur erlebten »Mehrheit«. Olaf Behrens wiederum, der mir fröhlich erzählt hatte, dass er ausgiebig die »Internationale« gesungen habe, gab mir ein Interview auf dem Höhepunkt einer erfolgreichen Karriere in der CDU. Dies sind vier Blicke auf eine politische Vergangenheit, die im Moment des Erzählens von ganz unterschiedlichen Perspektiven geprägt werden. Die Sichtweise auf die vergangenen Ereignisse zum Zeitpunkt des Interviews prägen die Aussagen also stark, wenn nicht sogar stärker als die damalige politische Position.

An den Interviews wird zudem sichtbar, dass die von mir beschriebenen Phänomene jugendlichen politischen Engagements sehr viel flüchtiger und kurzlebiger als die Studentenbewegung waren, da die Beteiligten in der Regel nur in den drei Jahren der Oberstufe an den Schulen aktiv waren. Themen, Orte, soziale Kontakte und Aktivitäten änderten sich mit dem Ende der Schulzeit zwangsläufig und damit häufig auch das politische Engagement, das bei manchen gänzlich abbrach, andere ihr weiteres Leben begleitete, nicht zwingend immer im politischen Lager der Jugend. So unterschiedlich die Perspektiven auf die Vergangenheit auch waren, die Interviews hatten dennoch alle einen mehr oder weniger offen erkennbaren gemeinsamen Bezugspunkt. Dies war die auch medial propagierte Chiffre 1968, von der sich niemand distanzieren konnte oder wollte, auch wenn die von mir Befragten sich nicht – wie andere – zu einer Erzählgemeinschaft zusammengeschlossen haben. Die hier vorgestellten Interviewpartnerinnen und -partner gehören gewissermaßen zu den unfreiwilligen 1968ern, die trotz meiner Intervention als fragende Historikerin keine Erinnerungsgemeinschaft bildeten. Insbesondere einige um wenige Jahre ältere Protagonisten, die in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre an der FU Berlin studiert hatten, erlebten die Studentenbewegung in ähnlicher Weise als Sozialisationsinstanz, zogen jedoch aus »1968« andere Schlüsse. Dazu gehörte der RCDS, der sich neben der Jungen Union früh mit der von der CDU weitgehend ignorierten und von dem Pädagogen Georg Picht angestoßenen Debatte um die »Bildungskatastrophe« beschäftigte.<sup>47</sup> Diese Studierenden sahen nicht nur an den Universitäten Reformbedarf. Im Gegensatz zum SDS bejahten sie jedoch grundsätzlich das politische System der Bundesrepublik. Erstmals 1988 im Rahmen der regelmäßig wiederkehrenden Jubiläen von 1968 bezeichneten sie sich als »alternative Achtundsechziger«.<sup>48</sup>

46 Mitgliederboom von Ende 1968 (286 541) bis Ende 1976 Anstieg um 128 %, weiterer langsamerer Zuwachs bis 1983 auf 734 555 Mitglieder. Die SPD profitierte ebenfalls stark: Von Ende 1968 (732 446) bis Ende 1976 (etwas über 1 Mio.) gewann die SPD 40 % neue Mitglieder hinzu. Oscar Niedermayer, Parteimitglieder in Deutschland, Version 2018. Arbeitshefte aus dem Otto Stammer Zentrum, Nr. 29, FU Berlin 2018, S. 42.

47 Georg Picht, Die deutsche Bildungskatastrophe. Analyse und Dokumentation, Olten 1964.

48 Günter Hofmann, Nach links Flagge zeigen, Treffen der »Alternativen 68er«, in: Die Zeit, 20.5.1988; von der Goltz, Gegengeneration, S. 75. Siehe auch die Tagung der Konrad-Adenauer-Stiftung am 3. Mai 2018: Eine geteilte Generation. Die Studentenrevolte und die alternativen 68er. Tagungsbericht, in: H-Soz-Kult, 22.5.2018, www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-7704 [11.2.2019].

## Fazit

Die im Rückblick oft aus dem Blick geratende Gleichzeitigkeit von Ereignissen und Prozessen ist besonders hinsichtlich von vermeintlich festgefügtten zeitgeschichtlichen Labeln zu bedenken. Insbesondere innerhalb der Trägergruppe von »1968«, den Studierenden, sympathisierten nicht alle mit der Revolte. Vielmehr gab es von Anbeginn an Konflikte und konträre Positionen. Nicht erst im Nachhinein, dann aber zunehmend intensiv, wurde eine Gruppe, die am SDS orientierte Studentenbewegung, wesentlich stärker wahrgenommen. Dies gilt in besonderem Maße für die Erfahrungen und Erzählungen der damals jugendlichen und an den Schulen noch weniger historisch relevanten Schüler und Schülerinnen.

Der um 1968 ausgelöste Mobilisierungsschub wirkte sich jedoch bis weit in die CDU hinein aus. Durchschnittlich 70 000 Mitglieder jährlich traten zwischen 1972 und 1974 in die CDU ein, viele davon junge Akademiker.<sup>49</sup> Damit war die SPD keineswegs die einzige Partei, die von der politischen Mobilisierung profitierte, die insbesondere junge Leute erfasste. Dass die 1970er Jahre nicht ausschließlich nur ein Rotes Jahrzehnt waren, lässt sich besonders an jenen gesellschaftlichen Institutionen aufzeigen, die man gemeinhin nicht mit linken Utopien oder Denkschulen verbindet. Zwar tat die CDU sich zunächst schwer damit, auf die von »1968« angestoßenen Veränderungsprozesse einzugehen. Aber auch dieser Partei gelang es, auf die Herausforderungen der Studentenbewegung zu reagieren und insbesondere im Verlauf der 1970er Jahre darauf aufbauend »konsens- und mehrheitsfähige politische Konzepte« zu entwickeln.<sup>50</sup> Die Protestbewegung der 1960er Jahre, die im Rückblick im Jahr 1968 ihren Höhepunkt erreichte, hat also auch jene Bereiche

49 von der Goltz, *polarised generation*, S. 198.

50 Schmidt, *Führung*, S. 86.

der politischen Kultur und der gesellschaftlichen Verfasstheit geprägt, die zunächst Distanz zu den zentralen Forderungen nach Emanzipation, Partizipation und Demokratisierung hatten. In den 1960er und 1970er Jahren kam es zu weitreichenden sozialen und kulturellen Umbrüchen, die insbesondere für »die Jugend« attraktiv waren. Mit einer vereindeutigenden Farbsymbolik wird man diesen Entwicklungen und Veränderungen ebenso wenig gerecht wie mit der Zuspitzung auf eine Jahreszahl. Besonders deutlich wird dies, wenn man nicht nur eine kleine studentische Elite in den Zentren des Protests in den Blick nimmt, sondern dazu Personen befragt, die diese Zeiten an nicht exponierter Stelle, etwa an Hamburger Schulen in Arbeitsgruppen der Jungen Union erlebt haben.

- Dr. Linde Apel ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin und Leiterin der Werkstatt der Erinnerung an der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH).